

und jede als wahrhaft zuträglich erkannte Verbesserung nach bestem Wissen und Gewissen befördert zu haben. Auf diesem Wege werde ich auch stets ruhig und ungeirrt fortwandeln. Ich glaube daher an meine Sachsen und werde mich in diesem Vertrauen nicht erschüttern lassen; es gehört zu meiner Existenz.

Theilen Sie das, was ich Ihnen gesagt, Ihren Committenten mit und bringen Sie Ihren Leipziger Mitbürgern meinen Gruß."

Allerdings — fuhr Hr. Vorst. Werner nach Vorlesung dieser Adresse fort — sei es der Deputation höchst schmerzlich gewesen, mit dieser Antwort zurückkehren zu müssen; das Collegium der Stadtverordneten werde aber auch ferner mit dem Stadtrathe, mit dem es über die Adresse einstimmig gewesen sei, das Weitere in dieser Angelegenheit thun; bereits sei gestern Abend noch eine Rathssitzung unter Zuziehung einiger Stadtverordneten gehalten worden und demzufolge seien heute früh die Herren Regierungsrath Dr. Demuth, Stadtrath Dr. Lippert = Dähne, Adv. Koch und Banquier W. Seyffert nach Dresden abgereist, um als Augenzeugen über den Erfolg dieser Antwort zu berichten und namentlich das in der Stelle der Antwort des Königs, in welcher Derselbe sagt, es habe ihn schmerzlich berührt, von einem Zwiespalt zwischen dem Geiste der Verwaltung und dem des Volkes zu hören u. s. w., ersichtliche Mißverständnis zu berichtigen; es müsse dem König Aufklärung darüber, wie es stehe, gegeben werden. In der Stadtverordnetenversammlung zu Dresden sei gestern Abend der Antrag, sich an die Leipziger Adresse anzuschließen, zwar von der Majorität abgeworfen worden, da sich dieselbe für incompetent in dieser Angelegenheit erachtet habe; er könne aber nicht verhehlen, daß ihm berichtet worden, das Publicum sei mit Aeußerungen der Mißstimmung über diese Ablehnung von dannen gegangen. Nach diesen vorläufigen Mittheilungen bitte er Jeden dringend, mit möglichster Vorsicht und Ruhe zu Werke zu gehen.

Vicevorsteher Prof. Wiedermann: Als Antragsteller auf die Adresse und als Mitglied der Deputation glaube er doppelte Verpflichtung und doppelte Befugniß zu haben, zuerst auszusprechen, was in dieser Sache geschehen müsse. Wir alle seien durch die Antwort des Königs nicht befriedigt, seien dadurch in eine schmerzliche Stimmung versezt; man sehe, daß der Hauptzweck der Adresse verfehlt sei, der einer Erklärung über die Lage der Stadt, des Landes, der Weltereignisse; man habe sich in der Hoffnung getäuscht, zu ihm allein zu sprechen und von ihm allein zu hören; man erkenne in seiner Antwort nur den Geist seiner Minister, von welchen man eben an ihn appellirt habe. Es sei in Frage gekommen: ob die Deputation in eigenem Namen etwas habe thun sollen, da der Eindruck der Antwort sehr schmerzlich für die Stadt und sehr beunruhigend für die öffentliche Ordnung habe sein müssen. Sie hätten sich in einer so wichtigen Angelegenheit nicht für ermächtigt gehalten, etwas auf eigene Verantwortung zu thun, und sich vielmehr vereinigt, drei Punkte als solche vorzuschlagen, über welche sofort eine Erklärung der Vertreter Leipzigs erfolgen müsse und zwar wo möglich in einer solchen Form, die ausspreche, was man denke und fühle, und so daß keine weitere Antwort des Königs provocirt, sondern Alles in seine und der verantwortlichen Minister Hand gelegt werde. Diese Punkte seien: 1) der König erkläre, es sei dieß ein Schritt, zu dem die Stadtverordneten nicht befugt seien; man müsse ihm darauf sagen, daß man sich für befugt, ja für verpflichtet halte, jezt, wo die Vertreter des ganzen Landes nicht beisammen seien, sich darüber auszusprechen; 2) der König glaube, es habe eine Verleitung zu dieser Manifestation, wohl gar in bösslicher Absicht, stattgefunden; man müsse ihm sagen: daß man, wie die Adresse einmüthig beschloffen worden sei, so sich auch aus freier Ueberzeugung derselben ihren Motiven und ihrer Tendenz nach anschließe; 3) der Zweck der Adresse sei dadurch

verfehlt, weil der König über die Lage der Dinge nicht unterrichtet sei — ob absichtlich oder nicht, sei im Erfolge gleich; man müsse ihm daher sagen: daß er nach unserer innigsten Ueberzeugung über die Lage des Landes, die Stimme des Volkes und das, was dringend Noth thut, nicht unterrichtet sei, namentlich wenn er keinen Zwiespalt zwischen der Stimmung des Volkes und den Ansichten der Minister annehme; daß die Minister das Vertrauen des Volkes nicht hätten und daß sie ihn deshalb nicht in den Stand setzen könnten, das dem Volke wahrhaft Nöthige zu thun; daß daher nur dann ein richtiger Zustand herbeigeführt würde, wenn er mit Männern umgeben sei, die das Vertrauen des Volkes haben. — Indem er diese drei Punkte zur Berathung bringe, hoffe er, man werde dieselben eben so einmüthig, wie die Adresse, annehmen.

Herr D. Wigand: er sei mit diesen drei Punkten ganz einverstanden, und wünsche nur noch einen vierten hinzugesetzt, daß es nämlich niemals so hoch an der Zeit gewesen sei, daß die deutschen Fürsten und Völker Hand in Hand gehen. Kein Deutscher werde den Russen oder den Franzmann in unsern Gränzen sehen wollen. Er habe selbst gesehen, daß einst Tausende von unsern Brüdern auf das Schlachtfeld geeilt seien, um Gut und Blut zu opfern; man habe damals Versprechen gemacht, aber nicht gehalten; jezt aber, wo in Frankreich diese Umwälzung geschehen, erwarte er, daß man bei uns auf dem Wege der gesetzlichen Reform zur Erfüllung dieser Versprechen gelange; er rufe daher Allen Christi Wort zu: Seid einig und liebet Euch unter einander; so werde Deutschland stark, groß und geehrt vom Auslande da stehen.

Herr Robert Blum: Er spreche zu zwei Versammlungen in diesem Augenblicke, zu der größeren, die Theil nehme an diesen Verhandlungen, und zu der kleineren, deren Mitglied zu sein er die Ehre habe. Ein tief wahres Wort sage: das Schweigen der Völker ist die Lehre der Könige; man solle dieß nicht verloren sein lassen. Er wolle bloß von dem dritten Punkte, von dem Antrage auf Entlassung der Minister, sprechen. Bei einem so ernsten Schritte sei es wohl an der Zeit, zu fragen: warum man gerade diesen Schritt thue? und er antworte darauf mit einem Rückblicke auf die Geschichte. Die Bewegungen der Völker bis zum Schlusse des vorigen Jahrhunderts, England allein ausgenommen, hätten sich, wenn ein Joch ihnen unerträglich geworden, immer, nicht nur gegen die Person, sondern gegen die Sache, nicht gegen den Herrscher, sondern gegen das Königthum gewendet. Warum? weil die Könige das Gute und Böse stets auf ihre Person zurückzuführen gehabt hätten, weil sie wenigstens moralisch verantwortlich gewesen seien. Die Neuzeit habe ein anderes Gesez gelehrt, man habe die Monarchie mit Repräsentativverfassung für eine glückliche Staatsform gehalten, weil darin namentlich auch dem Ehrgeiz nicht ein verbrecherischer Pfad für seine Bestrebungen, wohl aber Spielraum innerhalb der gesetzlichen Staatsformen geöffnet sei; man habe daher Verträge zwischen Volk und Monarchen errichtet, durch welche zwei gleichberechtigte Mächte im Staate aufgestellt worden seien, von denen jede ihre Aufgabe zu erfüllen hätte. Auch wir haben eine solche Verfassung. Aber man sei dem nicht gerecht geworden, was in jenen Verträgen versprochen worden. Auf die Erhebung der Deutschen im Freiheitskriege seien die Bundesbeschlüsse von 1819 gefolgt; auf die von 1830 die Wiener Conferenzbeschlüsse von 1834 (der Redner ging hierauf die Hauptparagraphen der letztern durch und zeigte deren Widersprüche mit den Grundsätzen des constitutionellen Staates). So sind — fuhr er hierauf fort — unsere Verfassungen ein leeres, todes Scheinwesen. Statt des Vertrauens zu denselben, statt daß die neuen Zustände Wurzel gefaßt hätten, sehen wir diese durch den einen Sturm, den die Weltgeschichte über sie gehen läßt, wieder zertrümmert. Ehre dem Könige, aber Wahrheit und wenn es sein müsse, Krieg gegen die Räte, die ihn schlecht beraten,